

Wirtschaft

Notiz Block



Schweiz zieht Investoren an

Österreichische Firmen haben zuletzt deutlich mehr in der Schweiz investiert als umgekehrt. Laut Statistik steckten heimische Unternehmen 2005 insgesamt 468 Mio. Euro in die Schweiz. Die Neuinvestitionen der Schweizer in Österreich im selben Zeitraum lagen demgegenüber nur bei 109 Mio. Euro. Dieser Trend dürfte sich auch 2006 fortgesetzt haben. „Wir haben festgestellt, dass zahlreiche österreichische Investoren im vergangenen Jahr in der Schweiz Aktien gekauft haben“, sagte Doris Leuthard, Schweizer Bundesrätin für Wirtschaftspolitik, kürzlich bei ihrem Wien-Besuch. Für Aufsehen hat bei den Eidgenossen zuletzt vor allem die Beteiligung der österreichischen Investmentgesellschaft Victory rund um die beiden Investoren Ronny Pecik und Georg Stumpf gesorgt. 2005 gewannen sie zunächst den Übernahmekampf um den Mischkonzern Unaxis, der heute wieder Oerlikon heißt. 2006 übernahm dieser dann den traditionsreichen Schweizer Autzulieferer Saurer, und 2007 stieg Oerlikon mit 20 Prozent beim Technologieunternehmen Ascom ein, wo man jetzt ebenfalls größter Einzelaktionär ist.

China verbrennt mehr Kohle

China hat für seine boomende Wirtschaft erstmals mehr Kohle aus dem Ausland gekauft, als es selbst ausgeführt hat. Im Jänner war das Land damit zum ersten Mal Nettoimporteur von Kohle, wie die chinesische Zollbehörde mitteilte. Das Reich der Mitte importierte demnach 4,7 Mio. Tonnen Kohle, das sind 81,1 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die Kohleexporte fielen um 20,4 Prozent auf 3,3 Mio. Tonnen. China gewinnt rund 70 Prozent seines Stroms aus Kohle. Die chinesischen Behörden machten für den starken Import von Kohle auch die mangelhafte

Infrastruktur des Landes verantwortlich. Deshalb könne die Kohle von den Bergwerken im Landesinneren nur schlecht in die Wirtschaftsmetropolen der Küste transportiert werden und müsse aus dem Ausland bezogen werden. China war bereits vor zehn Jahren Nettoimporteur von Öl geworden. Der Energiehunger seiner Wirtschaft könnte die Kohlepreise weltweit in die Höhe treiben. Deutschland hat vor Kurzem den Ausstieg aus der Steinkohleförderung beschlossen. Kritiker machen geltend, dass steigende Weltmarktpreise für Steinkohle in einigen Jahren Subventionen wieder sinnvoll machen könnten.

Ausgeglichene Handelsbilanz

Österreichs Handelsbilanz ist praktisch ausgeglichen. Die Statistik Austria hat die vorläufigen Zahlen für 2006 vorgelegt. Demnach legten die Exporte im Vorjahr um 12,7 Prozent auf 106,8 Mrd. Euro zu, die Importe stiegen im gleichen Zeitraum um 10,8 Prozent auf 106,9 Mrd. Euro. „Der österreichische Außenhandel war auch im vergangenen Jahr der Motor der heimischen Wirtschaft“, kommentierte Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl. „Das Exportwachstum von 12,7 Prozent bestätigt unsere Prognosen, die wir im Lauf des Jahres immer wieder nach oben hin korrigieren konnten.“ Die im Vorjahr angepeilte 100-Mrd.-Exportschallmauer wurde mit einem Ausfuhrvolumen von 106,8 Mrd. Euro deutlich durchbrochen. Gemeinsam mit den Dienstleistungsexporten macht das österreichische Ausfuhrvolumen bereits rund 150 Mrd. Euro aus. „Damit werden 60 von 100 Euro mittlerweile außerhalb unserer Grenzen verdient“, betonte Leitl. Von den rund 60.000 neuen Jobs im Vorjahr wurden etwa 40.000 durch Exporterfolge geschaffen. Beim Export hat Österreich in allen Weltregionen Zuwächse verzeichnen können. *apa/kl*

Fortsetzung von Seite 13

Viele Betriebe überleben entweder gerade mal so oder werden rasch ein Fall für das Insolvenzgericht. Auch die Beschäftigungsgrößenentwicklung der letzten zehn Jahre (1997 bis 2006) gibt ob leicht stagnierender Zahlen besonders im kleinen Segment mit nur wenigen Angestellten kaum Anlass zur Freude.

Fünf kritische Jahre

Die renommierte Mödlinger Steuerberaterin, Sachverständige und Wirtschaftsexpertin Ursula Plachetka bringt es auf den Punkt: „Erst wenn ein klassisches KMU von der Gründung an gerechnet fünf erfolgreiche Jahre hinter sich hat, bestehen gute Chancen auf eine positive Zukunft. Viele scheitern innerhalb dieser Frist, weil sie gravierende Fehler begehen oder weil sie im Unklaren sind, wie sich das Unternehmen entwickeln soll. Eine eklatante Verschärfung dieser Problematik ergibt sich zusätzlich aus dem als seltsam zu bezeichnenden Umstand, dass dieser Betriebsform hierzulande statt echter Förderung eine Menge von Hindernissen widerfährt!“

Die Ursachen des Scheiterns heimischer KMU lägen zumeist in Versäumnissen wie etwa zu wenig Erfahrung in der Branche, zu wenige Kontakte, zu wenig Eigenkapital und letztlich auch zu wenige betriebswirtschaftliche Kenntnisse hinsichtlich Finanzplanung, Kalkulation und so fort. Diesem Manko könnte der rechtzeitige

Gang zur Beratung abhelfen, doch viele Unternehmer sehen darin eine Niederlage und ein Zeichen, dass sie selbst nicht in der Lage sind, es allein zu schaffen. Manche zögern daher viel zu lang bei der Bitte um Hilfe. Auch die heimische Zahlungsmoral ist ein Problem, mit dem vor allem Kleinstbetriebe oder die neuen Ich-AGs kaum fertig werden. Wenn trotz guter Auftragslage die Rechnungen nicht oder nur sehr verspätet beglichen werden, bedeutet dies für viele den Untergang, denn das Finanzamt oder die Sozialversicherungen treiben Kleinbetriebe lieber in den Abgrund statt Aufschübe zu gewähren.

Märchen und Ohrfeigen

Damit sind wir bei der zweiten Variante des möglichen Scheiterns, denn zu diesen gravierenden Schwierigkeiten gesellen sich Bürokratie und rechtliche Auflagen. Maßnahmen wie die Basel-II-Regelung (die von Banken auf alle Kleinunternehmer angewandt wird, obwohl die Anwendung der verschärften Kriterien eigentlich erst ab einer Mio. Jahresumsatz erfolgen dürfte) sind ebenso ein Schlag ins Gesicht wie die Mär von Förderungen oder Steuererleichterungen. Die Investitionsförderung gilt nur für Einnahmen-Ausgabenrechner, Branchenpauschalierungen sind, wie der Name sagt, wenigen Branchen vorbehalten, und bilanzierende Einzelunternehmer und Ich-AGs müssten weit über 100.000 Euro im Jahr verdienen, um seit heuer mögliche steuerliche Vergünstigungen

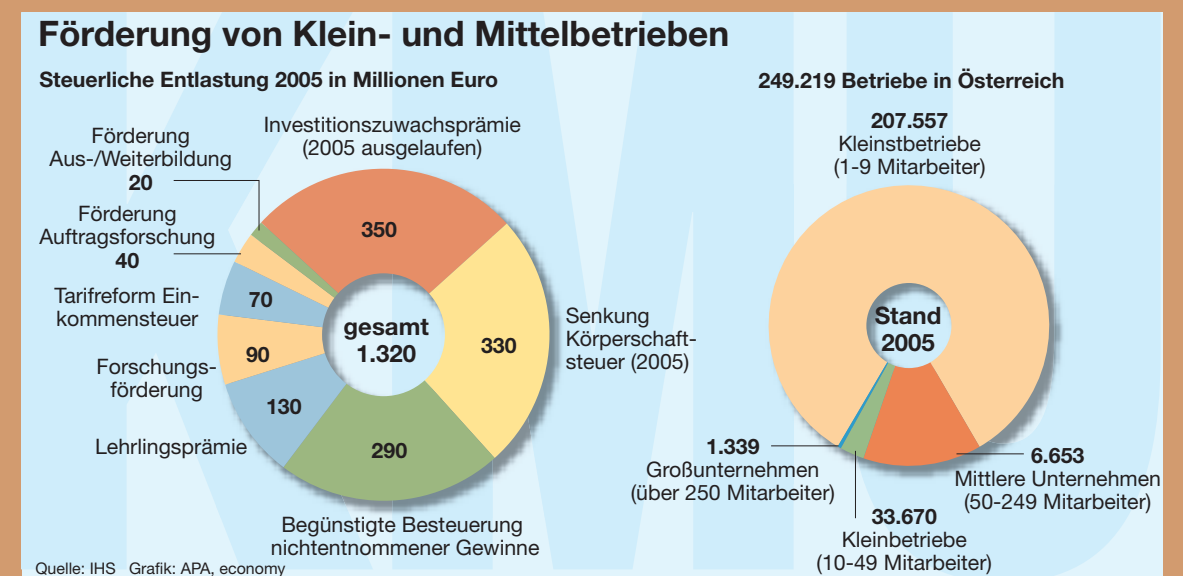
für nicht entnommene Gewinne geltend zu machen.

Die kräftigste Ohrfeige sind die völlig überzogenen und Arbeitsplätze gefährdenden Lohnnebenkosten. Österreich ist nämlich nicht zuletzt ein volkswirtschaftliches Hochpreisland, weil uns diese Kosten überrollen. Diese Tatsache ist arbeitsmarkttechnisch völlig kontraproduktiv, denn der Umstand, dass etwa ein Angestellter ab 1618,49 Euro Nettoverdienst den Unternehmer mehr als das Doppelte kostet, ist pures Gift. Zwar wird immer gefordert, dass man zusätzliche Arbeitsplätze schaffen müsse, doch bevor sich ein KMU einen neuen Dienstnehmer überhaupt leisten kann, muss der Umsatz beziehungsweise Gewinn erst weit überproportional wachsen. Eine tatsächliche Hilfe für KMU und Arbeitnehmer kann daher nur in der Reduktion der irrsinnigen Lohnnebenkosten liegen. In diesem Punkt – und da sind sich alle Experten einig – hat der Staat bislang völlig versagt.

Drang nach Wohlstand

Dass heimische Unternehmer trotz alledem voller Elan gründen und Risiken eingehen, ist mit dem Drang nach Erfolg und Wohlstand begründet, und das gibt abseits der erstarrten politischen Taubheit Anlass zur Hoffnung, dass auch heuer wieder viele den Versuch wagen, trotz massiver Hindernisse ihr Glück zu suchen. Denn diese Einstellung inmitten einer eher trüben, die Leistung bestrafenden Gesellschaft kann man gar nicht hoch genug loben.

Zahlenspiel



99,5 Prozent aller Unternehmen Österreichs sind Kleinstunternehmen sowie Klein- und Mittelbetriebe (KMU). 83,1 Prozent der Unternehmen haben weniger als neun Mitarbeiter, 13,6 Prozent sind KMU mit 15 bis 49 Mitarbeiter, eine Zahl, die sich seit dem Jahr 2000 um 0,5 Prozentpunkte erhöhte. 2,8 Prozent aller Unternehmen, ebenso zu den KMU zählend, beschäftigen 50 bis 299 Mitarbeiter. In diesem Segment hat es in den vergangenen sechs Jahren eine Veränderung um plus 0,1 Prozentpunkte ergeben. Die Zahl der Großunternehmen (über 300 Mitarbei-

ter) ist mit 0,4 Prozent konstant geblieben. Anhand der Förderungen ist abzusehen, dass Österreich in Sachen Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Forschungsförderung nicht gerade tief in die Schatulle greift. Was sich heute angeblich durch einen Fachkräftemangel rächt. Fraglich ist nur, ob die Unternehmen sich selbst hätten aktiver darum kümmern müssen, anstatt alles vom Staat zu fordern. Tatsache ist, und darum kann sich die neue Regierung nicht herumschwindeln, dass die Lohnnebenkosten niedriger werden müssen. *red*